

Russkassische Post

347133741
302-4191933

Die Geschäftsstelle befindet sich im Büro des Central-Komitees des Verbandes der Deutschen in der S. S.-H. G. organ: Liffis, Michael, Str. Nr. 75. — Die alleinige Vertretung im Auslande hat Herr Theodor Hummel in Berlin B., „ayrenbestr. 12.

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am **Mittwoch** und am **Sonabend**
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich).

Geschäftsstunden: werktäglich von 9—11 Uhr vorm. — Spree-Stunde der Redaktion: In der Wohnung des verantwortl. Redakteurs — Subaloff-Str. (früher Malaja Subejnaja) Nr. 18., Du. 6, im Hof—werk-täglich von 6—7 Uhr abds.

Nr. 47

Liffis, Sonnabend, den 2. Dezember 1922.

14. Jahrgang.

Politische Nachrichten.

Reichskanzler Cuno stellte am 24. November dem Reichstag die neue Regierung vor und entwickelte hierauf das Programm derselben in längerer Rede, wobei er zunächst sein Bedauern darüber ausdrückte, daß die Sozialdemokraten sich noch nicht zu aktiver Mitarbeit im neuen Kabinett bereiteten. Er hoffe aber, daß es trotzdem zu verständnisvoller Zusammenarbeit aller staats-erhaltenden Kräfte kommen werde. Deutschland müsse inmitten gleichberechtigter Völker wieder aus eigener Kraft und eigenem Recht ein lebender Staat werden. Noch feuer es unter unerschwinglichen Kosten, welche die Gläubiger selbst und die Sachverständigen der Weltwirtschaft als solche schmerzlich hätten. Dadurch sei auch Deutschlands Produktionskraft aus schrittweise geschwächt, so daß es im kommenden Winter von katastrophalen Wirtschaftsverfall bedroht erscheine. Gemäß dem Wort: „Eck Brot, am Reparationen“ — sei eine Politik der Selbsterhaltung der Nation erforderlich; dies müßten auch die früheren Gegner allmählich einsehen, und besonders wäre zu wünschen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika Verständnis dafür fänden, ohne deren Unterstützung die Lösung nicht denkbar sei. Der Kanzler erklärte sodann, daß sein Kabinett uneingeschränkt die Note der vorigen Regierung vom 13. November (an die Reparationskommission) sich zu eigen mache und fest entschlossen sei, deren Programm zu vertreten. Die Annahme der deutschen Vorschläge wäre eine logische Folge der Erkenntnis, die auch Poincaré in seiner letzten Kammerrede zum Ausdruck gebracht habe, daß Deutschland augenblicklich nicht mehr bezahlen könne. Die deutsche Regierung wolle ebliche, sachliche, deutsche Politik treiben, ohne die Schlagworte von einer Oh oder Misspolitik zu berücksichtigen. In diesem Sinne werde sie aber auch niemals bestes deutsches Gebiet preisgeben. Der Kanzler schloß, das neue Kabinett wolle Ehrlichkeit und Arbeit als Grundbesatz höchster Leistung und Mitarbeit durchführen; Deutschland könne bedrückt werden, aber nicht untergehen, wenn es sich nicht selbst aufgegeben. Für seine Person versprach der Reichskanzler, die vertrauensvollen Beziehungen, die er zu Wirtschaftsführern des Auslandes unterhalte, nun unmittelbar für das Deutsche Reich fruchtbar zu machen. Die Rede, welche lebhaften Beifall auslöste, erhielt häufige Zustimmung und wurde nur durch Zwischenrufe seitens der Kommunisten geübt. Während der Aussprache über die Rede Cuno's wurde von den Demokraten ein Antrag eingebracht, dem neuen Kabinett das Vertrauen in folgender Entscheidung auszudrücken: „Der Reichstag nahm die Erklärung der Regierung zur Kenntnis und billigt, daß sie die Note vom 13. Nov. zur Grundlage ihrer Politik machen will.“ Dieser Antrag wurde vom Reichstag in der Sitzung am 26. Nov. angenommen; dagegen stimmten nur die Kommunisten, die letzten 2 unabhängigen Sozialisten und die 3 radikalen Nationalisten. Ein Misstrauensvotum der Kommunisten war zuvor abgelehnt worden. — Die neue Regierung hat an die Reparationskommission eine Note gerichtet, in der sie die Fortsetzung der Wiederherstellungspolitik, wie sie in der Note vom 13. Nov. niedergelegt ist, mitteilt, mit dem Ersuchen, die deutschen Vorschläge möglichst schnell zu prüfen. — Pariser Blätter teilen mit, daß unter Vorbehalt des Präsidenten der franz. Republik Millerand und Teilnahme Barthou sowie des tschechischen Kriegsministers Magnot, des russischen Hoch, des Oberkommissars für das besetzte Rheinland Tirard u. a.

eine wichtige Reparations-Sitzung stattfand, auf welcher Maßnahmen beraten worden seien für den Fall, daß die Brüsseler Konferenz, die auf Ende Dezember oder Anfang Januar arbeitsam werden soll, ergebnislos verlief und Deutschland am 15. Januar seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen würde. Von diesen Maßnahmen werden besonders erwähnt: Starke Kontrolle im besetzten Gebiet, namentlich Erziehung deutscher Beamte durch französische nach Ausweisung erfahrener, ferner Belegung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes, einschließlich der Industriegebiete Essen, Bochum u. a. In London hat diese Mitteilung großes Aufsehen erregt und die englische Presse veranlaßt, die englische Regierung aufzufordern, der französischen unerschuldig zu versichern zu gehen, bis wohin sie die Politik Poincarés mitzumachen geneigt sei. Darauf versucht nun die offiziöse pariser Presse, die Vorschläge auf der Reparations-Sitzung als „unüberwindlich“ wiederzugeben hinzuzufügen und dadurch möglichst abzuschwächen. — In Berlin fand dieser Tage der bereits seit längerer Zeit angehaltene Reichsbetriebsrätekongress statt. Gegen tausend Delegierte waren anwesend. Es herrschte eine recht erregte Stimmung. Die zahlreich vertretenen Kommunisten hatten die Oberhand. Von den Delegierten der Bergwerksgebiete wurde ein Antrag eingebracht, der einen Aufruf zum Generalstreik verlangte. Nähere Mitteilungen über den Verlauf des Kongresses waren bei Schluß der Redaktion noch nicht eingetroffen. — Die Lausanner Konferenz, die sich vor dem Abbruch stehen. Jenseit Poincarés Forderungen, die von der russischen Delegation (Morosoff, Kalowski — nächstens sollen auch Tschitscherin und Mdiwanow zu ihnen stoßen) aufs nachdrücklichste unterstützt werden, gelten den Entente-vertretern (Poincaré, Curzon, Mussolini etc.) zum Teil als „völlig unannehmbar“, zum Teil als „übertrieben“, Auslands-Verlangern aber, zu allen Verhandlungen zugelassen zu werden (nicht nur in der Meerengenfrage), gilt als „indiskutabel“, weil es nicht Sache der Konferenz sei, diese Frage von sich aus zu entscheiden. Auch ist der amerikanische Vertreter Gibbs aus der anfangs bevorstehenden Referenz herausgetreten und verlangt in Anbetracht der Petrokommissionen in Mesopotamien (Mosfil), wo die Engländer bekanntlich das Mandat des Völkerbundes in gemäßigter Weise ausüben; „Aus-schaltung jeglicher Annexionsbestrebungen auf fremdem Gebiet sowie anderer besonderer Privilegien auf fremdem Boden“. Darob große Befürchtung nicht nur in Lausanne, sondern auch in Paris und London. Das weitere bleibt abzuwarten.

Die Politik der europäischen Kabinette vor dem Weltkriege und die Schuldfrage.

(3. Fortsetzung.)

III. Band.

Das Bismarck'sche Bündnis-system.

E. W. — Das Deutsch-Oesterreich-Ungarische Bündnis 1879. — Die Versäumnung Deutschlands gegen die Ergebnisse des Berliner Kongresses ließ nicht lange auf sich warten. Als im August 1878 Graf Schadow auf der Reise von Petersburg sich zwei Tage in Berlin aufhielt, teilte er dem Gesandten v. Radomitz mit, er habe den Zaren über die Ergebnisse des Kongresses niedergeschlagen und ganz verbittert gefunden; den Kongress selbst habe letzterer als „die europäische Koalition gegen Rußland unter Führung des Fürsten Bismarck“ bezeichnet; nur Oesterreich habe davon Vorteil gehabt, und Graf Schadow sei von Anfang an die „dritte“ (der des Fürsten Bismarck gewesen). Schadow hatte demgegenüber an

der Hand der Alten dem Zaren bewiesen, daß Rußland in drei für die russischen Interessen maßgebenden Fragen, deren jede einzelne für Rußland ein Kriegesfall geworden sein würde, die starke und entscheidende Unterstützung Deutschlands erhalten habe, Rußland genieße jetzt den Vorteil, daß ihm seine erreichten Ziele von ganz Europa zugesagt seien. In der Vertimmung des Zaren, die Schadow zu beseitigen genötigt hatte, war der Einfluß des Zaren und für sein Amt zu aller. Fürsten Gortschakow unerlenkbar. Bismarck hielt es für nötig, mit den Mitteln der Presse gegen Gortschakows Anschauungen vorzugehen; jener hätte Besseres erreichen können, wenn er seine autoritative Politik seit drei Jahren geschickter geführt hätte. „Bei Frankreich hat er gebettelt, Oesterreich ungeachtet und uns mit Ueberhebung behandelt.“ Bismarck hielt es jedenfalls für geboten, bei der Ausföhrung des Berliner Vertrages, wobei Rußland viele Schwierigkeiten bereitet wurden, eine vorichtige Zurückhaltung zu üben. „Wohl niemals hat in einem Kongress eine große Macht ohne eigenes Interesse sich einer anderen so rückhaltlos zur Verfügung gestellt: die Folge davon ist nicht etwa eine freundliche Anerkennung, sondern eine Haltung Rußlands gegen uns gewesen, welche uns zwingt, an die Zukunft zu denken und uns andere Mächte nicht zu Feinden zu machen für Folgen, in welchen ein deutsches Interesse nicht vorliegt.“ Wir bedauern diese Lage der Dinge.“ Deutschland dürfe aber nicht dahin kommen, daß seine vollständige Isolierung für die Zukunft nur von Rußlands Willen abhänge. Bis zum Kongress habe er, Bismarck, in festem Vertrauen auf den Kaiser Alexander eine solche Möglichkeit nicht befürchtet, die jetzige Haltung der russischen Politik jedoch nötige ihn zu dieser Vorfrage.

Die in diesem Schreiben vom 9. August 1879 ausgedrückten Gedanken sind für die Entwicklung des deutschen Bündnis-systems in den nächsten Jahren maßgebend geworden. Ein katastrophaler Brief des Zaren vom 15. August 1879 an Kaiser Wilhelm I., der ungeschickte Drohungen enthielt, verschärfte die Lage noch mehr und ließ bei Bismarck den Entschluß reifen, namentlich den Beziehungen zu Oesterreich eine noch strengere Pflege angedeihen zu lassen als bisher. Aber da begann ein scharfer Kampf zwischen dem an der überlebenden Freundschaft mit Rußland in tieferer immer Aufnahmehängen Kaiser und seinem Kanzler, der seine starke Vorliebe für das russische Bündnis in zu scharfem Mißtrauen gewandelt hatte. Eine große Fülle von Dokumenten führt uns jede einzelne Phase dieses schweren Kampfes vor Augen. Dem Kaiser erschien es illoyal (ungehörig), hinter dem Rücken des Zaren irgendein Abkommen mit einer anderen Macht zu treffen. Bismarck hielt es für die Selbsterhaltung Deutschlands erforderlich, einen Schutz gegen die Unzuverlässigkeit der persönlichen Politik in Rußland durch ein Verteidigungsbündnis mit Oesterreich zu suchen. Nur unter der größten Mühe und Androhung seines Rücktritts errang Bismarck das Einverständnis des Kaisers. Am 7. Oktober 1879 wurde das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn geschlossen.

Das Drei-Kaiser-Bündnis von 1881. — Da Rußland seit dem Berliner Kongress in eine zunehmende politische Isolierung geraten war, so setzte sich bei seinen einseitigen Staatsmännern die Ueberzeugung durch, daß man Deutschland doch mancherlei verdante, und daß es gut sei, „die alte Intimität (Vertraulichkeit) wiederherzustellen.“ Oesterreichs ließ Bismarck immer nur den

Bunsch betonen, mit Rußland in Frieden und Freundschaft weiterzuleben. Er sah in einem Drei-Kaiser-Bündnis einen sehr erfreulichen Zuwachs zu den Bürgschaften des allgemeinen Friedens, zu dem die Gefahr einer französisch-russischen Koalition (Verbindung) vollständig beseitigt. So wurde am 18. Juli 1881 in Berlin das Drei-Kaiser-Bündnis abgeschlossen. Es hatte eine Dauer von 3 Jahren und wurde durch ein Zusatzprotokoll ergänzt, in dem u. a. ausgesprochen war, Oesterreich-Ungarn behalte sich das Recht der Annexion Bosniens und der Herzegovina für den von ihm für geeignet gehaltenen Zeitpunkt vor.

Erster Dreibundvertrag 1882. -- Bereits im Oktober 1880 war in Wien der Wunsch Italiens bekannt geworden, in nähere Beziehungen zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu treten. Bismarck begrüßte die ersten Forderungen auf diesem Wege mit unerschrockenem Mißtrauen. Auch als klar wurde, daß Italien ernstlich danach strebe, seine Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn zu verbessern und zu einem Neutralitätsvertrage zu gelangen, verttrat Bismarck den Standpunkt, die Italiener an sich herankommen zu lassen. Deutschland werde alles, was Italien für Oesterreich tun wolle, als ihm selbst erwiesen betrachten, aber der Schlüssel der Tür, die zu Deutschland führe, sei für Italien in Wien zu finden. Von besonderem Interesse sind die Eörterungen über die einzelnen Punkte des schließlich am 20. Mai 1882 abgeschlossenen Dreibundvertrages. Bismarck legte dem Zutritt Italiens keine übermäßige Bedeutung bei. Für ihn war die Hauptsache, sich einer wohlwollenden Neutralität Italiens zu versichern; an ein eventuell aktives Eingreifen Italiens glaubte er nicht. Als Zweck des Dreibundvertrages wurde ausdrücklich angegeben, er sei konservativ und defensiv und verfolge nur das Ziel einer Sicherung gegen die Gefahren, die die Sicherheit der drei Staaten und die Ruhe Europas bedrohen könnten. Im Falle eines Angriffes auf Italien durch Frankreich ohne Provokation (Herausforderung) von italienischer Seite waren Deutschland und Oesterreich-Ungarn gebunden, ihm mit allen ihren Streitkräften beizustehen; dieselbe Verpflichtung übernahm Italien im Falle eines nicht unmittelbar herausgeforderten Angriffes Frankreichs auf Deutschland (Artikel 2). Der nicht provokierte Angriff auf eine oder zwei der vertragsschließenden Mächte löste den casus foederis (Bündnisgrund) für alle aus, falls jener von zwei oder mehreren Großmächten ausgeht. Bedrohte nur eine Großmacht die Ruhe einer der vertragsschließenden Mächte und sah diese sich dadurch zum Kriege genötigt, so waren die beiden anderen zu wohlwollender Neutralität verpflichtet. (Fortf. folgt.)

Wie ich Deutschland wiederfand.

Von Dipl.-Ing. R. Jaekel (Liss).

(Schluß.)

Nicht unangenehm berührte mich, daß in bestetzten Gebieten jeder Deutsche einen Personal-Zuwachs bei sich führen muß. Die Einreise nach dem Saargebiet unterliegt sogar einer Genehmigung seitens der französischen Behörde in Saarbrücken. Mit allen Mitteln sucht Frankreich, sich hier festzusetzen, um es dauernd zu behalten. Doch ich hoffe bestimmt, daß die dortige gut deutsch gefante Bevölkerung sich auch fernerhin ihrer Abstammung bewußt bleiben und trotz Leid und Druck Deutschland die Treue wahren und schließlich durch die nach Jahr und Tag vorzunehmende Abstimmung den Beweis erbringen wird, daß keine Madenschafoten des Erzfeindes sie zur Abtrünnigkeit haben bewegen können. Mit Schmerz und But zugleich erfüllte mich der Anblick der schwarzen Befahungstruppe in Bürgerdruck am Rhein, dort wo die deutsche Rebe prangt, wo die Germania das Schwert zum Schutze des deutschen Volkes gegen jeden Eindringling erhebt und wo auf der Eifen-Höhe, gegenüber dem National-Denkmal, dem großen Deutschen dem Reichs-Schmied aus dem Schenwalde, Bismarck, 1914 ein Denkmal gesetzt werden sollte, das man, den Rhein abwärts fahrend, von weiter hätte sehen können.

Mit guten Freunden, die mir aus dem Saargebiet aus dem Rhein entgegengeritt waren, auch Studiosus P. aus Katharinenfeld hatte sich eingefunden, genossen wir einige Stunden Rheinflut und die überaus prächtigen Panoramas von der Burg Rheinfels. Mit zu den schönsten Gebieten des Rheins, ja Deutschlands überhaupt, zählt jene Gegend. Rheinfels erhebt sich die genannte Burg aus dem fernem Mittelalter auf einem nach dem Rhein vorspringenden Felsen. Ihr Gmüder ist von Ephen und anderen Schlingpflanzen umrankt. Rheinaufwärts erblickt man den Mäufeturm mit Wingen im Hintergrunde, die Stromschnellen, die so manchem Schiffe schon gefährlich wurden, ihm vorgelagert. In den Fluten spiegeln sich die mit Reben bewachsenen freien Abhänge. Beleb: wird die prächtige Landschaft durch die zahlreichen Dampfer und Frachtschiffe. Ruber die durchschneiden, den Muteln Jungdeuschlands gebordet, geschwind das Schräkel der Wellen, auf beiden Ufern brüllt die Eisenbahn daper... Ein Bild, an dem man sich kaum satt sehen kann, Einbrüche fürs Leben. Es ist nicht zu verwundern, daß die Rheinländer ihren imposanten Strom und die ihn einströmende herrliche Landschaft so schwärmerisch lieben.

Rhein ist durch die vielen Ausländer, insbesondere Engländer, eine überbevölkerte Stadt geworden. Die Galen des gewis nicht kleinen Bahnhofes würden

häufig das reisende Publikum kaum fassen. So namentlich an den Sonnabenden. Trotzdem an einem solchen der Kartenerlauf an 4 Schaltern erfolgte, dauerte es 20 Minuten, bis ich die Fahrkarte erhielt. Die Geschäfte waren überfüllt mit Kaufleuten, wiederum meistens Engländern, so daß wegen Überverkauf-Gefahr manche Geschäfte für mehrere Tage schließen mußten.

Von dort ging meine Reise nach der Industrie-Zentrale Deutschlands, nach Darmen-Eberfeld, nach Offen und Kälheim, nach Homborn, Oberhausen, Dortmund und Gelsenkirchen. Hier rasselte die Kräne und Sebezeuge, die Hämmer und Walzen dröhnen, und die Anstöße erklingen. Das industrielle Herz Deutschlands schlägt fort und fort. Es ist und bleibt nun mal der bedeutendste Faktor im wirtschaftlichen Leben eines Kulturvolkes. Hunderte von Schloten erfüllen die Luft mit ihrem Rauch; die ganze Gegend ist in Dampf gehüllt. Der Pulsschlag des deutschen Volkes ist an diesen Orten noch gut fühlbar. „Im feruigen Bewegen werden hier noch alle Kräfte kund.“ Wohl ist es zu verheßen, daß Frankreich diesen Lebensnerv des deutschen Volkes gewaltsam zu unterbinden trachtet.

Die Kart fiel bereits kart. Die Schuld hieran trifft hauptsächlich Frankreich. Der Haß gegen dieses ist daher auch dauernd im Zunehmen. Unter dem starken Schwanken des Marktwertes bekam das Geschäftslieben etwas Unfideres. In Köln wurden Ende August infolge dessen Bauten eingeleitet. Im allgemeinen wurde in Deutschland, trotz hoher Löhne und hoher Materialpreise, viel gebaut.

Der Mittelstand der Bevölerung, besonders Beamte und Pensionäre, leiden wirtschaftlich sehr: die Gehalts-erhöhungen halten mit der Preissteigerung und Entwertung des Geldes nicht Schritt. Hierzu kommen noch die hohen Steuern, die zur Abgahlung der Schulden an die Entente gefordert werden. Die Beschaffung des notwendigen Heizmaterials ist durch die Ablieferung der großen Mengen von Kohle an Frankreich oft nicht möglich. Das Holz, das jetzt wesentlich mehr für Holzwege verwendet werden muß, ist in Preise sehr gestiegen. Manah Witterungen muß heute auch in Deutschland im kalten Zimmer seinen Lebensabend beschließen. An Seufzern und Klagen fehlt es nicht. Für Deutschland ist es harte, schwere Zeit, — und doch rauchen die Schloten, das Geschäftslieben pulkert, auf den Werften wird ein Schiff nach dem anderen von Stapel gelassen.

Vieles, was sich überlebt hat, fällt, neues Leben erwacht. Jugenbewegungen sind wie Pilze aus dem Boden geschossen. Ich habe mich in der Vielgestaltigkeit ihrer Grundstoffe und Ziele noch nicht orientieren können. Im Schulwejen brodet und gärt es gewaltig. Jahrzehntelange Grundlätze sind bereits durch moderne abgeblüht worden oder

Scuilleton.

Die Türkei der Gegenwart.

Sitzgen von R. Sjolofski-Liss.

III. Wesen oder Dken?

(Schluß.)

Der Kampf zwischen den Anhängern des Orients und denen des Westens verstärkte sich besonders zur Zeit der Londoner Konferenz im Februar-März 1921. Der damalige Kommissar (Minister) des Auswärtigen der Argoregierung, Bekir Sami Bey, einer der hervorragenden Anhänger der westlichen Richtung, hatte sich sehr darum bemüht, Abkommen mit Frankreich und Italien herbeizuführen; solche wurden denn auch — in Form von Projekten — zwischen Bekir Sami Bey einerseits und den Sekretären Italiens und Frankreichs andererseits geschlossen.

Als aber die Frage der Ratifikation dieser Verträge der T. G. R. A. vorgelegt wurde, lehnte sie brude als unannehmbar ab. Bekir Sami Bey mußte seinen Abschied nehmen, und an seine Stelle wurde Jusuf Kemal Bey, der damals eines der tätigen Mitglieder der Gruppe der „Orientalisten“ war, ernannt.

Im Mai 1921 fühlte sich die östliche Richtung als Siegerin. Kemal-Bajsha mußte aber zur Verstärkung seiner

Position mit den „Einheitlern“ in Verbindung treten, die den radikalsten Prinzipien und dem Hass gegen die Ausländer eines Talat Bey, eines Enver und eines Djemal, treu geblieben waren.

Zu der Zeit wird zwischen der Nationalistischen Türkei und Afghanistan bzw. Persien ein Freundschaftsvertrag geschlossen. Der Vorsitzende der Kommission des Auswärtigen, Yunus-Nabi Bey, spricht in der Zeitung „Jeni-Gün“ von der Notwendigkeit einer: „Politik des Orients“, die am nächsten Tage nach der großen russischen Revolution zutage getreten sei. Letztere bedeute eine Weltpolitik, die danach strebe, gleichzeitig den Kapitalismus und den Imperialismus zu stützen. Unablässig ergreife sie auch die mohammedanischen Nationen, welche die unglücklichsten Opfer des europäischen Imperialismus seien. Röhne denn die Türkei zwischen Westen und Osten schwanken? Der Westen erkenne ihre Rechte nicht an und wolle sie zerdürren. Der Osten dagegen stricke ihr seine Hand entgegen und biete ihr an, zusammen mit dem gemeinsamen Feind zu kämpfen.

Aber die weiteren Mitteilungen beweisen, daß die Zeitung „Jeni-Gün“ unrecht hatte und daß die Türkei sehr stark zwischen Osten und Westen schwanken kann. Am 16. März 1921 war zwar der Freundschaftsvertrag mit Sowjet-Rußland geschlossen worden, und die „Orientalisten“ hatten im Mai große Erfolge, aber gleich danach begann auch die westliche Richtung, sich außerordentlich zu verstärken, und gelang es ihr, im Herbst ein Separat-Abkommen mit Frankreich zu erzielen. Am 30. Oktober 1921 schloß in Angora der Vertreter der französischen

Regierung Franklin Bouillon mit Mustafa Kemal-Bajsha den französisch-türkischen Vertrag, zu dem sich Italien und besonders England sehr mizügigig verhielten. Dieses betrifft aber nur ihre gegenseitigen Beziehungen, nicht aber auch die Tatsache des Abschlusses selbst. Für die Türkei ist es außerdem nützlich wichtig, daß ein ganz anderes Prinzip proklamiert wurde: Statt des Kampfes mit dem Ententeländern — der Weg zum Frieden, zu einem Kompromiß — zu Verhandlungen.

Seit Abschluß des französisch-angoraischen Vertrages ist ein Jahr verfloßen. Im Laufe dieses dauerten die Schwankungen zwischen dem Westen und dem Osten fort. Mit Italien und England ist wohl bis jetzt noch kein Vertrag, ähnlich dem französisch-angoraischen, geschlossen worden und die freundschaftlichen Beziehungen zu an Orien und zu Sowjet-Rußland festigen sich, aber dennoch ist die westliche Richtung sehr mächtig, und es ist keine Rede mehr vom dem heldenmütigen, obwohl romantischen Kampfe gegen die Imperialisten des Westens.

Eines der größeren Organe der „Orientalisten“ „Jeni-Gün“ schreibt allerdings in der Nummer vom 14. Januar 1922: „Der Fried unserer Sache ist Europa, d. h. die Entente; wir können nichts Gutes von all den Konferenzen, Sitzungen und Bestimmungen der west-europäischen Staaten erwarten.“ Ferner weist es darauf hin, daß es für die Türkei notwendig sei, in ihrer Außenpolitik sich nur nach den Forderungen des „Nationalen Gedalbes“ zu richten und, indem sie auf die „süßen Reden“ der Verbündeten keine Hoffnung setze, „auf eigene Hand“ nach der Bewirkung der nationalen Ziele zu streben.

*) Uebersetzung der Abschnitte 2 ff. einer in der „Sarja Bostola“ jüngst erschienenen Artikelserie. — D. Schrift.

sollen in Fülle über Nord geworfen werden. In Leipzig wird eine in ganz Deutschland als Muster Schule geltende Anstalt unter Leitung des bedeutenden deutschen Schulmanns Dr. Gaudig studienhalber Woche für Woche von Fachleuten, auch aus dem Auslande, besucht. Viele kritischen Fragen sind noch in Fluß, so daß auf diesem hochwichtigen Gebiete der Zuwendungsrichtung bisher keine Stetigkeit eingetreten ist.

Parteipolitisch sieht es in Deutschland recht betrübend aus: die Gemüter kommen nicht zur Ruhe. Weg mit den eigenen Interessen, hin den Blick aufs Ganze gerichtet! „Seit einig — einig — einig!“ Ein Wort des großen deutschen Dichters, das dem deutschen Volke nicht genug zugerufen werden kann, denn Einigkeit tut ihm wahrlich not.

Deutsches Kapital in Rußland.

Die „Ekononitscheskaja Schisnj“ bringt die Beschreibung eines Schauflügens, das von der Berliner Firma Stock-Motorflug-Aktiengesellschaft im vergangenen Sommer in der Nähe von Moskau veranstaltet worden ist. Das Schauflügen fand bei der Versuchstation des Volkskommissariats für Landwirtschaft statt. Zu dieser Veranstaltung waren von der Firma Stock zwei Motorpflüge in verschiedener Größe nach Rußland geschickt worden, wobei die Transportkosten hierfür über 1 Million Reichsmark betragen hatten. Der Bericht gibt eine anschauliche und überaus lobende Darstellung von der vorzüglichen Arbeit der Motorpflüge, an der eine Kommission von Landwirten und Ingenieuren, wie es in dem Bericht heißt, auch nicht die geringsten Mängel zu machen hatte. Die Kommission kam einhellig zu dem Beschluß von der Notwendigkeit der Anwendung der Stock-Motorpflüge in der russischen Landwirtschaft. Ein Auftrag konnte allerdings, so schließt der Bericht, seitens des Vertreters des Volkskommissariats für Landwirtschaft nicht erteilt werden, da die Preise der vorgeführten Motorpflüge je 3000 bzw. 4000 Dollars betragen, was nach heutiger Kurs etwa 16 bzw. 12 Milliarden Sowetrubel ausmache. Es sei jedoch, so bemerkt der Bericht, aus dieser Vorführung erneut klar geworden, wie notwendig das engste Zusammenarbeiten Deutschlands mit Rußland ist.

Eine gemischte Aktiengesellschaft für die Ausbeutung der Seen Patschow und Spoltzyg zur Gewinnung von Soda, Salzen, Bittersalzen und sonstigen Mineralstoffen innerhalb der Gouvernements Dnäs und Semipalatinsk in West-Sibirien wurde gegründet. Als ausländischer Teilhaber an dieser Gründung wird in der Sowetpresse die Berliner Firma „Karo Michael und Co.“ (?) genannt. Dieses ist, bemerkt die „Ekon-

mitscheskaja Schisnj“, das erste größere und ernstzunehmende Unternehmen, an welchem ausländisches Kapital in der sibirischen Industrie beteiligt ist.

Ukrainischerseits wird öfters gemeldet, daß die Verwaltung der Stadt Kijew mit einigen deutschen Firmen Verhandlungen wegen Beteiligung deutschen Kapitals an kleineren sibirischen Unternehmen führt. Es soll Bereitswilligkeit zum Austritt gebräut worden sein, größere Kredite in Form von Maschinen usw. einzuräumen.

Die Moskauer „Zweksija“ bringen einen Bericht der nach Deutschland entsandten Petersburger Handelsdelegation, die in Berlin Unterhandlungen mit Vertretern einer Reihe von deutschen Firmen zwecks deren Beteiligung an im Petersburger Gebiet befindlichen Unternehmungen und Übernahme von Konzessionen dortselbst geführt hat. Es werden dabei u. a. folgende Projekte genannt: Für die Organisation des Kraftwagen-Transportwesens interessierte sich demnach eine Bankgruppe, vertreten durch Herrn Schlefinger, hinter dem die Handelsvermittlungsgesellschaft „Mercator“ steht. Die Schaffung eines Personen- und Frachtdampfer-Verkehrs auf der Nowa u. dem Marienkanal. System fand Interesse bei einer größeren Gruppe von Kapitalisten, an der die Deutsche Bank, die Gruppe des Herrn Stachew u. a. beteiligt sind. Die Frage der Beteiligung deutschen Kapitals an der baatlichen baltischen Schifffahrt wurde insbesondere von der „Dapag“ (Hamburg Amerika-Linie) erwogen. Es soll dabei seitens letzterer der Plan zur Bildung eines Syndikats bestehen wobei russischerseits als Kapital die Schiffe eingebracht werden, während die „Dapag“ ihre Fabrikrichtungen, wie Schuppen, Kräne usw., in Stettin, Hamburg, Kiel zur Verfügung stellt. An diesen Verhandlungen hat gleichfalls die amerikanische Firma Harriman ein Interesse, so daß die Bildung eines internationalen russisch-deutsch-amerikanischen Dampfschiffahrts-Syndikats nicht ausgeschlossen erscheint. Die Inhaberschaft und der Ausbau des Petersburger Hafens fand einen ernstlichen Interessenten in der Gruppe des Herrn Friedlieb. Dieser hätte einen Vorschlag für die Aufstellung beweglicher Kräne verschiedener Hubkraft und in notwendiger Anzahl, für den Bau von breit- und schmalspurigen Kaiserzufuhrbahnen, für die Einrichtung von Lagergeschuppen, für den Ausbau der Lagerläs usw. eingereicht. Die Ausführung dieser Bauten würde die Berliner Firma Julius Deger, Leipzig-Aktiengesellschaft, übernehmen können. Für das Hotelwesen in Petersburg interessierten sich mehrere Firmen. Der erste Vorschlag wurde von dem Direktor des Berliner Hotels „Esplanade“, Herrn Krämer, eingereicht, der sich auf den Stinnes-Konzern stützt und den Wunsch zeigt, die

größten Petersburger Hotels — Hotel d'Europe, Astoria, Hotel du Nord — vollständig in seine Verwaltung zu übernehmen. Ein zweiter Vorschlag wurde von dem Vertreter einer Gruppe schweizerischer Hoteliers gemacht. Verhandlungen über die Wiederherstellung der Wohnhäuser und der Kanalisation wurden mit den Vertretern zweier großen Baufirmen geführt: Söder und Heinde. Für die Frage der Gasversorgung interessierte sich der bereits oben erwähnte Herr Friedlieb sowie die Firma Julius Pintsch. — Der Bericht will darauf hin, daß alle diese Verhandlungen nur bis zu einem gewissen Grade geführt werden konnten, da die der Delegation in Berlin zugewiesene Zeit zu kurz war. Am meisten seien gefördert und das größte Interesse hätten die Verhandlungen gefunden, die den Ausbau des Petersburger Hafens und die Einrichtungen im Transportwesen zum Gegenstand hatten.

(„Okeuropäische Wirtschaftszeitung“.)

Das Deutsche Rote Kreuz in der Ukraine.

Zwischen dem Deutschen Roten Kreuz und dem ukrainischen Zentral-Kommissariat für Hungerhilfe ist, wie wir der „Okeuropäischen Wirtschaftszeitung“ (Berlin) entnehmen, vor einiger Zeit ein Uebereinkommen, betreffend die Tätigkeit des Deutschen Roten Kreuzes in der Ukraine, geschlossen worden. Das Zentralbureau des Deutschen Roten Kreuzes wird in Charkow errichtet, und die Beamten dieses Bureaus sollen die gleichen Rechte wie die Mitarbeiter des Bevollmächtigten Vertreters des Deutschen Reiches in der Ukraine genießen. Die für das Deutsche Rote Kreuz eingesetzten Redakteure und Sendungen sind vollwertig und werden in der Ukraine unentgeltlich befördert. Ebenso genießt das Deutsche Rote Kreuz in der Ukraine das Recht auf unentgeltliche Benutzung der Post und des Telegraphen. Die Rollen der Administration des Deutschen Roten Kreuzes in der Ukraine trägt die ukrainische Regierung. Das Deutsche Rote Kreuz ist verpflichtet, seine Tätigkeit im Lande im Einvernehmen mit dem ukrainischen Roten Kreuz durchzuführen. Desgleichen sind die Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes verpflichtet, sich von jeder politischen Tätigkeit im Lande fernzuhalten. Das Uebereinkommen ist unbeschränkt.

A u s r u f

an die transkaukasischen deutschen Kolonien, vorzüglich die kulturfördernden und kommunalwirtschaftlichen Organisationen und Unternehmungen.

Die in Deutschland sich befindenden Studenten verdanken es seinerzeit einem glücklichen Zufall, daß sie dem Kaukasus verlassen und ihr Studium wieder aufnehmen konnten. Die außerordentlichen Umstände ihrer Abreise erlaubten vielen von ihnen nicht, sich hinreichend mit Mitteln zu versorgen; auch war damals die wirtschaftliche Lage der Kolonien und die Verbindung mit der Heimat derartig schwierig, daß die materielle weniger gut gestellten Mitglieder unseres Verbandes lange Zeit auf eine Unterstützung von dort nicht rechnen konnten und infolgedessen darauf angewiesen waren, die Hilfe ihrer Organisationen zu beanfordern, die ihnen bereitwillig zuteil geworden ist und unter den obwaltenden Umständen mit ruhigem Gewissen angenommen werden konnte. —

Seitdem hat sich die Sachlage wesentlich geändert. Der rapide Sturz der deutschen Mark und die fortlaufende Verarmung Deutschlands machen es den in Frage kommenden Organisationen unmöglich, die immer mehr anwachsende Zahl der hilflosbedürftigen Studierenden auch nur einigermaßen hinreichend zu unterstützen. Andererseits hat sich inzwischen die Lage in unserer Heimat wesentlich geändert, und ist auch die Verbindung mit dem Kaukasus wieder hergestellt. Unter diesen Umständen ist es für uns Kaukasus-Deutsche unverantwortlich, auch weiterhin die Hilfe Deutschlands zu beanfordern.

Wir gehalten uns deshalb, alle kulturfördernden Organisationen und kapitalkräftigen Unternehmungen der Kolonien aufzufordern, Mittel und Wege aufzufinden zu machen, um ein eigenes Unterstützungsmittel für Studierende Kaukasus-Deutsche ins Leben zu rufen.

Mit Recht werden große Erwartungen auf die anschließende Schar von jungen Leuten gestellt, die sich gegenwärtig in Deutschland für die zukünftige Arbeit auf ver-

Und die „Dentalisten“ verstanden, als Gegengewicht gegen die Annäherung an den Westen, die Notwendigkeit, den Dänen zu erwidern, wobei die Türkei sich an die Spitze der Bewegung zu stellen hätte, nachdem sie „ihre ganz besondere Lebensfähigkeit, ihren Eifer und ihre Standhaftigkeit bewiesen haben würde“. Als Parallele zu der Entente und der Bülkerliga der westeuropäischen Länder wird eine Bülkerliga des Orients projektiert. Die Zeitung „Abasalt“ spricht z. B. von „einer Konföderation“, mit der Türkei an der Spitze, bestehend aus Persien, Afghanistan, Aserbaidschan, Ghibra und Buchara und späterhin aller Wahrheitsliebigkeit nach auch Indien und Siam, die die großartige Welterkundung der Orientierung der asiatischen Völker im Osten bilden werde“. Die Zeitung „Zeni Sun“ erklärte noch umständlich — am 23. Juli 1922: „Zur Regelung der Angelegenheiten der ganzen Welt ist die Einberufung einer Konferenz der Völker des Orients notwendig“ — und sprach dabei die Hoffnung aus, daß „Sowet-Rußland sich an erster Stelle dieser großen Aufgabe annehmen werde“.

Aber dennoch verstärkt sich in letzter Zeit mit ununterbrochener Folgerichtigkeit und Beständigkeit der Einfluß der westeuropäischen Länder und Amerikas. Mit einem ganzen Haufen unfaßbarer, geheimer Fäden umspinnen die westlichen Mächte das Leben der Türkei; sie versprechen ihr Mittel zur Deckung des unausschließlichen Defizits im Staatsbudget; sie locken sie mit Hoffnungen auf große Vergünstigungen bei Lösung des griechisch-türkischen Konflikts und mit Versprechungen in Betreff Schaffung eines dauerhaften Friedens, dessen das ermüdete und halbzer-

störte Land so dringend bedarf. — Freilich stimmen die Verbündeten in Bezug auf die Frage des neuen Orients nicht miteinander überein und stehen die Interessen der einzelnen Länder oft in direktem Widerspruch zueinander und sind von einem Ausgleich weit entfernt. London, Paris und Rom können heute noch nicht übereinkommen, können nicht eine gemeinsame, für sie alle verbindliche Richtlinien in der Frage des Orients festsetzen, und vielleicht ist das die Hauptursache dessen, daß der westliche Einfluß bis jetzt noch keinen deutlicheren und klareren Ausdruck gefunden hat und daß seine Anhänger die „Orientalisten“ noch nicht besiegt haben.

Ungewußt dessen breitet sich im Westen und in Angora immer mehr die Ansicht aus, daß auf der Tagesordnung der Innenpolitik der Nationalistischen Türkei die Aufgabe stehen muß, Frieden im Osten zu schaffen, da die Weiterführung des Krieges in Anatolien und die Störung der politischen und ökonomischen Wechselbeziehungen mit dem Westen nicht mehr zu ertragen sind.

Westen oder Osten? Wer von ihnen endgültig die Oberhand behält, wer siegt, das wird die nächste Zukunft zeigen.

Eher als alles andere dürfte aber irgend eine mittlere versöhnende Linie gefunden werden, die, wenn auch nicht ganz, so doch in bedeutendem Maße den Kampf zwischen den Anhängern des Westens und den „Orientalisten“ abzuschwächen vermögen wird — wenigstens für die nächste Zeit.

Stedigen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens herabfallen. Mit um so vollerer Freude und Bereitwilligkeit werden wir uns in den Dienst der Kolonisten stellen, sobald wir einer regen Teilnahme unserer Landsleute an unseren Schicksalen gewiss sein werden. Wir gehen uns der Hoffnung hin, daß besonders diejenigen unter den Stammesgenossen in der Heimat, die sich der außerordentlichen Bedeutung gebildeter Leute für den kulturellen Fortschritt der Kolonien bewußt sind, das Werk der Organisation eines dauernden Unterstützungswesens zu Tausenden der Studenten in Deutschland in die Hand nehmen werden. Wir fordern Anerkennung unserer Strebsamkeit! Am wenigsten darf diese Anerkennung demjenigen verweigert werden, die trotz ihrer bedräuglichen materiellen Lage im Wettkampf nach unserem gemeinsamen Ziel nicht zurückbleiben wollen! Jeder ausgebildete junge Mensch muß und teuer sein, denn er bedeutet einen Zuwachs unserer Kräfte im Kampf um die bessere Zukunft unserer Kolonien!

Unsere Sache ist Eure Sache! In Eurem Interesse liegt es, so viel als nur möglich Landwirte, Kaufleute, Ingenieure, Baumeister, Lehrer etc. heranzubilden.

Dazu bedarf es aber einer tatkräftigen und energiegelassen Hilfe! Organisiert deshalb Unterstützungskassen, Stipendien, versch. öffentl. Veranstaltungen und schafft damit den münderbewährten Mitgliedern unseres Verbandes einen festen und dauernden Rückhalt.

Der Verband Studierender
Raufafus. Deutscher in Deutschland.

Aus dem Leben der Deutschen in Georgien.

Klein, aber mein.

Im Laufe der letzten Monate hat man wieder recht viele Klagen über die Mängel der „Rauf. Post“ zu hören bekommen. Arme, arme „Rauf. Post“! Was sollst Du, kleines Wochenblattchen, zu dessen Unterhalt auf jeder Del.-Versammlung die Mittel sozusagen mit der „Sündenwage“ abgezogen werden, nicht alles allen bringen?! Die einen klagen darüber, daß Du Rangel an Mitarbeiterinnen hast, die anderen dagegen möchten aus Dir, je nach ihrem Geschmack, eine landwirtschaftliche, eine Schul-, eine Kirchen-, eine Gewerbetreibenden, ein Parteiblatt, eine Fachzeitschrift und weiß der liebe Himmel was nicht noch alles machen...

Man könne sich noch Deinem armseligen Inhalt von dem Tun und Treiben in den Kolonien durchaus kein Bild machen. hm — hm — bei Marx Bild? Meiner Meinung nach, ist d. „Rauf. Post!“ so recht unserer Hände Werk und achtet ganz der Spiegel unserer deutsche Seel und so a schön Bild von unserem Schwabbarakter.

Es ist für uns auf dem Lande leicht zu begreifen, daß eine Tageszeitung, wie sie die monatlich recht kurzschäftigen Kritiker der „Rauf. Post“ haben wollen in Deutschland ihre 5-6 Redaktoren und eine ganze Kompagnie Setzer beschäftigt und dabei mit den vielen kleinen „Lokal-schmerzchen“, die bei uns jeder berührt haben will, nichts zu tun hat. Würde Ihr Unglückseligen Euch entschließen, bei entsprechender Vollmacht seitens der Del.-Versammlung, das Entziehen des Geldes zur Schaffung eines Blattes, wie ihr es wünscht, auf Euch zu nehmen? Ich gehe einen Schritt weiter. Wenn wir Euch die Mittel jenseit blank und klar auf den Tisch legen wollten, während Ihr Mut und Entschlossenheit genug besitzen, unsere Sache in Fremd und Leid so zu vertreten, wie es eben geschieht? Würdet Ihr über den nötigen Idealismus verfügen, um Euch als wahre Deutsche an unserer Ehre in den Dienst edelsten Menschentums zu stellen? Nun, meine Herren, die Hand aufs Herz! Fragt Euch mal auf Ehre und Gewissen: Dem von Euch ist nicht sein Leben, seine Verkatheit, seine Mühe oder Gartenwirtschaft lieber, als die mühselige und aufreibende Arbeit im Dienste der Erhaltung und Fortpflanzung wahren Volks- und Menschentums? ... Kritiker ist eben leichter als produzieren.

Genau so verhält sich es, wenn man immer wieder behauptet, daß nur Wirtschaftliches, Landwirtschaftliches und die Landfrage unserer Herzen am nächsten liegen. Ne und immer! Dieser zeigen unsere Wurzeln, und wehe dem, der bewußt in sie schießt. Können wir denn nicht auf einen Karl v. Hahn oder einen Arthur Reiff, dem unlängst die besten Kinder eines großen Volkes huldigten, wenigstens ebenso stolz sein, als etwa auf unsere Mutter-

gärten, die uns nur den Haß u. den Neid unserer Nachbarn einbringen? Man spricht weiter: „Was verstehen denn die Kolonisten von Kant'scher Philosophie, von Goethe'scher u. Schiller'scher Poesie und gar von Benin'scher Poetik? Die „Rauf. Post“ muß ihnen etwas Greifbareres bringen usw.“ Ganz recht, wir sind keine Philosophen, keine Gelehrten, aber immerhin können wir manchmal auch recht tief denken. Diejenigen aber, die da glauben, daß nur sie tief denken können, gelte der Ausspruch Schillers — in seiner Abhandlung über Kant: „Kant und seine Ausleger“: „Steil wohl ist er, der Weg zur Wahrheit, und schiefartig zu steigen. Aber, wir legen ihn doch nicht gern auf Stein zurück.“

Was nun die träge Berichterstattung aus den Kolonien anlangt, so ist sie eben der Ausdruck eurer deutschen Wesens: Weniger Worte, mehr Taten! Mögen andere nach Herzenslust ihr sich Klammern machen, über sich schreiben und immer wieder schreiben, unser ist das Handeln, das Schaffen, das Talentum. Wer je die Möglichkeit gehabt hat, unsere 700 Kinder zu sehen, wie sie in die städtisch ausgestattete Schule gehen, wie täglich der Zeuge dessen ist, wie unsere Jugend immer wieder nach Höherem strebt, der muß zugeben, daß jeder von uns das Seine dazu beibringt, der weiß, was auf den Kolonien geleistet wird... Und kann man von demjenigen, die praktisch arbeiten, fordern, daß sie ihre angewandte Feder in den Dienst der Öffentlichkeit stellen? Wir haben hierzulande noch anderes zu tun, als Berichte zu schreiben. — „Einer Stunde müssen wir gekorben“, und wehe dem, der sie anderen Zielen zuliebe veräumt.

Und nun unsere „Rauf. Post“ selbst. Was fehlt ihr denn? Wir sündet ist, daß meistens diejenigen so viel an ihr auszusagen haben, die sich sonst um ihre Existenz herzlich wenig kümmern. — Bei uns brauchen bedeutet sie etwas mehr. Schön ist es hier, zu beobachten, wie jeder die Tage zählt, bis sie wieder erscheint. Wie würdet Ihr Euch da äußern, wenn Ihr sähet, wie der Kolonist, schon nach den Ueberschriften urteilend, alle Eure sogenannten „Sozialartikel“ überspringt und zuerst bemüht ist, jede Zeile, die aber das Wohl und Wehe des deutschen Volkes zu berichten weiß, ausfindig zu machen, wie er ferner sich für die Gesetze der georgischen Heimat und für die Beziehungen der letzteren zu Deutschland interessiert. Nachher erst kommt das andere an die Reihe.

Ja, wir, die wir uns als Pfeiler der „Rauf. Post“ fähigen, bekennen uns stolz zu ihr, als zu unserem Werk, unserem Sorgenkind, das wir mit Schmerzen geboren haben und das wir pflegen. Trotz all ihrer Mängel, soll sie leben, wachsen und gedeihen! Und noch eins! Wir alle sind davon überzeugt, daß, wenn wir der Sowjetregierung sagen, daß kein Grund dafür vorliegt, unsere Organisation, mit der „Rauf. Post“, als illegal zu verurteilen, sie es uns gewiß glauben wird. Wir werden der Sowjetregierung immer ehrlich und aufrichtig begegnen; daß wir dabei aber als nationale Minderheit unsere kulturellen Güter bewahren wollen, wird sie uns am allerwenigsten verübeln. Wir können ihr nur zurufen, daß schon die diese Tatsache des Bestehens der „Rauf. Post“ ihr Ehre macht und daß ihr großzügiges Verhalten zu den nationalen Minderheiten diese verpflichtet, Vertrauen mit Vertrauen zu vergelten. Wir folgen ihr... Fehler, die wir unbewußt machen, können und sollen verbessert werden, bewachte Vergessen oder Unterlassungen soll und wird es uns und Deutschen in Georgien niemals geben!

Luxemburg (Katharinenfeld), d. 22. Nov. 1922.
Ernst Kimmert.

Wirtschaftliches.

— Auf Beschluß des Rates der Volkskommissare Georgiens wird ein spezieller Ausschuss zur Wiederherstellung der durch die letzten Ueberschwemmungen ruinierter bzw. beschädigten Bauernwirtschaften geschaffen, unter Singizung des „Pomgol“ (Ausschuss zur Hilfeleistung an die Hungerleidenden) Georgiens.

— Vorgestern hat in Georgien eine allgemeine Zählung der städtischen Bevölkerung stattgefunden, durch die nicht nur die Zahl der Einwohner, sondern auch die Wohnlagen- und sonstigen Lebensverhältnisse der Städte ermittelt werden sollen. Um möglichst zuverlässige Angaben zu erhalten, waren von der Statistischen Hauptver-

waltung für Tiflis allein mehr als 1000 speziell zu diesem Zweck vorbereitete Personen als Zähler eingesetzt worden. — Hierbei sei bemerkt, daß durch die letzte Volkszählung von 1917 für Tiflis eine Einwohnerzahl von nur rund 97 000 Seelen (?) ermittelt wurde, während man in weiteren Kreisen von über 300 Tausend sprach.

— Die „Saria Wokhata“ bringt einen beachtenswerten Aufsatz darüber, wie wenig die Kotierung des russischen Rubels auf der Tifliser Börse der tatsächlichen Kaufkraft desselben in Rußland entspricht. Es sei falsch, wenn man bei der Schätzung des russischen Geldes der georg. Rande den Goldkurs zu Grunde lege; es sollte hierbei mehr auf die Warenpreise (russische Wehl, Holz u. Leinwandfabrikation etc.) geachtet werden. Eine angelegene Tabelle zeige, welche Verzerrung dieser unnormalen Zustand in Tiflis hervorbringe. So jähle man in Moskau für gutes Wehl in Gold berechnet, Rubl. 4.80, niedrige Sorte Rubl. 0.85, Gerstenois Rubl. 3.—, Seife Rubl. 5—5.80, in Tiflis, entsprechend: Rubl. 6.85; 2.55; 5.1—8.5; 9.8.

— Im Kampfe um die Verbilligung des Fleisches in Transkaukasien überhaupt und auf dem hiesigen Markt im besonderen hat die Gesellschaft „Nisoproduct“ neue wesentliche Erfolge zu verzeichnen. Durch ein Blumen mit perfekten Kaufleuten ist der Bedarf für die nächste Zeit nicht nur an Fleisch und Schlachtvieh, sondern auch an Milch und Zucker gesichert. Von Interesse liegt dabei die Engros-Preise: Rindfleisch — Schlachtgewicht — 3.6 Goldrubel, Lebendgewicht — 2.95; Schaffleisch entsprechend 4.75 u. 3.8 Rubl. Es bleibt nur zu wünschen übrig, daß dieses wichtige Rohstoffmittel durch bessere Verteilung auch dem kleineren Konsumenten näher gebracht würde.

— Die Bedeutung der Arbeits-Börse, der Vermittlungsstelle für Arbeitsangebot und -nachfrage, tritt in Tiflis immer mehr in die Erscheinung. Jegliche Anstellung von Dienenden ist nur dann geschäftig, wenn sie durch Vermittlung oder mit Sanction der Börse geschieht, widrigenfalls letzterer das Recht zusteht, Einspruch zu erheben. Die Anstellung rüchzigig zu machen und in die vorläufige Stellung den nächstfolgenden geeigneten Arbeitlosen einzurücken zu lassen.

— Das Tifliser Rotor des Zentralfiskus nimmt Selbstverwertungen der Post und Telegraph in alle Städte der R. S. F. S. R. entgegen.

— Mit der Ausbesserung der vom Feuer beschädigten Diesel-Motore der Wasserleitung in Batumi sind mehr als 160 qualifizierte Arbeiter beschäftigt. Die Verwaltung der Transf. Bahnen hat sich veranlaßt gesehen, zur Deckung ihres Wasserbedarfes ca. 300 Rappmotoren zu verwenden.

— Die „Moskauer Kommerz-Bank“ beabsichtigt, Abteilungen in den Städten Transkaukasien zu eröffnen.

— Die Moskauer Zeitungen berichten über einen rapiden Sturz der Zuckerpresse in Moskau: von 360 auf 110 Millionen Sowjet-Bonds pro Rub.

— Eine spezielle Kommission des Finanzkommissariats der R. S. F. S. R. hat festgestellt, daß das Steigen des Goldpreises darauf zurückzuführen sei, daß das Bestreben, die Erparnisse in Gold, statt wie bisher in Waren, anzulegen, immer mehr um sich greift. Als Mittel zur Stabilisierung des Goldpreises und damit wohl auch der Preise fast aller anderen Waren hat diese Kommission folgende Maßnahmen empfohlen: 1. Einstellung eines detaillierten Staatshaushalts (Ausgaben — Einnahmen); 2. Einschränkung der Emission (von Geldwertzeichen); 3. Schaffung weitestgehender Möglichkeiten zur Einmündung der Kreditoperationen in allen ihren Formen und 4. Erweiterung des Warenmarktes.

— In Rußland wird ein ganzes Nees sogenannter Bauernhäuser eröffnet, die vor allem die Aufgabe haben, Auffklärung und praktische Wissen u. Können auf dem Gebiet der Landwirtschaft unter die Bauern zu bringen, um so der Not an Spezial-Schulen und -Lehrinstituten abzugeben und dem landwirtschaftlichen Betrieb zu zweckmäßigeren Arbeitsmethoden zu verhelfen.

— Auf dem Tifliser Weltmarkt steigt das Gold und die ausländische Devisen im Preise weiter. Zum 1. Dezember bezahlte man auf dem freien Markte für 1 Goldrubel 170.—173.000 georg. Bonds, den Dollar 300—310.000, inf. zur 169.000, russische Bonds — unverändert.

— Der Warenmarkt weist eine bedeutende Steigerung der Preise auf fast alle Einzelwaren, besonders Zucker, auf Fleisch, Weizen, Getreide und Wehl (russisches sowohl wie auch amerikanisches) sind unverändert.

Verantwortl. Red. Der J.-B. des Verbandes der transk. Deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Caad. jur. Alexander Fufajeff, im Auftrage des Redaktionskomitees.

Ein Reichdeutscher sucht ein Zimmer

in einer deutschen Familie. Angebote zu richten an die Geschäftsstelle der „Rauf. Post“: Michajelstr. № 75.